

# NEWSLETTER

Januar / Februar 2016



**Nebahat Güçlü**

Mitglied der  
Hamburgischen  
Bürgerschaft



## WAS in Bürgerschaft und Ausschüssen WICHTIG WAR

- **„Rundfunkbeitrag endlich sozial gestalten“ – leider abgelehnt.**

Die Bürgerschaft befasste sich am 20. Januar mit einem Antrag der Fraktion DIE LINKE, in dem es unter anderem um eine erweiterte Möglichkeit geht, sich von dem Rundfunkbeitrag befreien zu lassen. Leider folgte der Debatte keine Überweisung in den Ausschuss, sondern der Antrag wurde von einer Allianz aus SPD, GRÜNEN, CDU, FDP und AfD abgelehnt. Dabei ist der Antrag sehr differenziert und greift das auf, was auch ich unterstütze: Eine sozialgerechte Staffelung des Beitrags sowie die Möglichkeit der Befreiung: Für Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderungen, für BewohnerInnen von Alten- und Pflegeheimen, gemeinnützige Vereine, Kitas etc. .

- **Die Silvesterübergriffe – Prävention und Veränderung des Sexualstrafrechts sind der richtige Weg**

Auf Initiative der SPD und der Grünen wurde in der Aktuellen Stunde der Bürgerschaft am 21. Januar über die sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht debattiert. Einigkeit herrschte darüber, dass die Übergriffe inakzeptabel sind und die Täter benannt werden sollen. Dabei unterstütze ich den Vorstoß, dass der Fokus darauf liegen muss, Frauen vor (sexueller) Gewalt zu schützen und in diesem Sinne auch das Sexualstrafrecht zu ändern, damit ein „Nein“, das missachtet wird, zukünftig strafbar ist. Dabei bin auch ich noch geschockt von dem neuen Phänomen, das so viele Täter und Opfer an einem Ort zusammengeführt hat. Dennoch plädiere ich für eine Versachlichung – dass Rechtspopulisten plötzlich zu Frauenrechtlern mutieren, mutet befremdlich an. Sexuelle Gewalt an Frauen kennt keine Nationen – sie muss bekämpft werden, BEVOR sie passiert. In diesem Zusammenhang sollte dringend überprüft werden, ob die Träger, die in diesem Gebiet präventiv tätig sind, ausreichend ausgestattet sind.

- **Flüchtlingssituation am Hauptbahnhof – deutlich entspannt**

Schon in 2015 hatten die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration beschlossen, sich in jeder Sitzung durch den Senat auf den aktuellen Stand bringen zu lassen, was die Lage der Flüchtlinge in Hamburg angeht. In der Sitzung vom 19. Januar 2016 kommunizierte der Senat, dass Hamburg 21.000 Plätze in Zentralen Erstaufnahmen und 17.000 in öffentlichen Folgeunterbringungen zur Verfügung hat. 600 Menschen seien noch in Zelten untergebracht und 500 Plätze geschaffen worden für Frauen, werdende Mütter und kranke Flüchtlinge. Die Anträge der CDU und von DIE LINKE, die Maßnahmen gegen die Zustände am Hauptbahnhof gefordert hatten, wurden abgelehnt, weil sie obsolet geworden „sind“. Angenommen wurde hingegen erwartungsgemäß der Antrag von SPD und GRÜNEN, der die Lösung für die Situation am Hauptbahnhof skizziert: Der Paritätische Wohlfahrtsverband übernimmt die Koordination der ehrenamtlichen HelferInnen am Hauptbahnhof und betreibt die Versorgung im Bieberhaus, das keine Übernachtungsmöglichkeit bietet, aber medizinische Versorgung und Kinderbetreuung anbietet. Für das Motto „Wir helfen den Helfern“ hat der Senat 200.000€ bereitgestellt, über die der Paritätische Wohlfahrtsverband verfügen kann, um sie an die vielen freiwilligen HelferInnen weiterzugeben. Weitere 1,5 Millionen € kommen aus dem Spendenaufruf „Hand in Hand für Norddeutschland“, den der NDR verantwortet. Wichtig wird sein, nachvollziehbar zu machen, dass alle, die strukturelle und wichtige Arbeit rund um den Hauptbahnhof leisten, für ihren Aufwand entschädigt werden, egal ob es die Al-Nour-Moschee, das Schauspielhaus oder weitere kirchliche Gemeinden in St. Georg sind.

- **Registrierung der ankommenden Flüchtlinge – Bargkoppel (Rahlstedt) statt Poststraße (Harburg)**

Bis Mai 2016 soll der jetzige Standort Poststraße, in den jeder Flüchtling zur Registrierung muss, sukzessive vom Aufnahmezentrum in der Bargkoppel in Rahlstedt abgelöst werden. Ziel ist es, alle in Hamburg ankommenden Flüchtlinge innerhalb von 48 Stunden zu registrieren, medizinisch zu untersuchen und (in andere Bundesländer, Folgeunterkünfte etc.) „weiterzuverteilen“.

- **Frauen vor Gewalt in Flüchtlingsunterkünften schützen**

Große Einigkeit herrschte im Sozialausschuss am 17. Februar 2016 darüber, dass Maßnahmen ergriffen werden müssen, um Frauen besser vor sexualisierter Gewalt in Unterkünften zu schützen. Der Senat plant eine mobile Beratung. Das Konzept, nach dem die Beratung ausgerichtet ist, wird inhaltlich getragen von diversen Trägern mit Erfahrung in dem Bereich: die interkulturellen Gewaltberatungsstellen Lâle / Ibera, der Beratungsstelle Notruf – für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. sowie pro-aktiv Hamburg – Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt und Stalking.

**Veranstaltungshinweis:** Vom 1. bis 17. März 2016 findet in der Diele (Eingangsbereich) des Hamburger Rathauses, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg die Ausstellung **„Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“** statt. Weitere Infos finden Sie unter: <http://www.opfer-des-nsu.de/>